

Deutschland.

□ Berlin, 10. Juni. Der gestern erwähnte Artikel der „Daily News“ über den Grafen Bismarck lautet: „Graf Bismarck ist wieder durch Krankheit abgehalten, sich an den Staatsgeschäften zu betheiligen. Diejenigen, welche in Erwägung nehmen, was Graf Bismarck in Preußen ist, werden nicht überrascht sein, daß ihm hier und da die Kraft ausgeht. Er ist mehr als der Schöpfer der preussischen Politik und ihrer Seele, er ist der streitbare Kämpfer und hat nicht nur jenseits des Rheins oder der Donau Gegner gefunden. Das beherrschende Uebergewicht, welches er über die deutschen Gemüther ausübt, und die Geschicklichkeit, mit der er im Innern die gefährlichsten Elemente der Opposition neutralisiert hat, legen für seine Macht sogar noch größeren Zeugnis ab, als die militärischen Erfolge des Jahres 1866. Es ist ein peinlicher Gedanke, die Entfernung eines Staatsmannes von den Staatsgeschäften für möglich halten zu müssen, der so viel wie er für Deutschland gethan hat und der fähig schien, noch viel mehr zu thun. Niemand kann wissen, wie bald die Deutschen benützt sein werden, gegen die mächtigsten Nachbarn und durch die entscheidendsten Maßregeln Zeugnis dafür abzulegen, daß sie entschlossen sind, der nationalen Einheit bis zu ihrer vollständigen Verwirklichung nachzustreben. Und in einer solchen Krisis würde Graf Bismarck als vornehmster Rathgeber Regionen werth sein. Am Deutschlands willen hoffen wir, daß die Krankheit des größten der lebenden Staatsmänner nur vorübergehend sein und die Thatfache, daß seine ausgezeichneten Eigenschaften seinem Vaterlande zur Verfügung stehen, zur Erhaltung des europäischen Friedens beitragen möge.“ — Wie wir hören, wird Graf Bismarck seinen Urlaub nächste Woche antreten und sich von den Staatsgeschäften wahrscheinlich bis zum Herbst fern halten. Die Nachricht der „Dresd. Ztg.“, der Gesundheitszustand des Grafen sei der Art, daß ihm eine Enthaltung von den Staatsgeschäften bis in den Winter hinein geboten sei, ist nicht begründet. Graf Bismarck hat übrigens heute den Besuch des Königs erhalten. — Der Minister Graf Eulenburg wird seine Reise nach Karlsbad Ende dieser Woche antreten. — Die Nachricht von der Erkrankung des Grafen von Solms in Paris wird heute von einigen Berliner Blättern aufrecht erhalten. Es mag daher wiederholt werden, daß hier in wohlunterrichteten Kreisen von einer Erkrankung desselben und daher auch von einer Operation, der sich dieselbe neuerdings wieder unterziehen wolle, nichts bekannt ist. Die wahrscheinliche Reise desselben nach Ems steht mit seinem früheren Leiden in keiner Verbindung. — Heute feiert die Tochter des Kriegeministers v. Roon ihre Vermählung mit dem Landrath v. Brauchitsch, welche Feyer auch Sr. Maj. der König mit seiner Gegenwart besprochen wird. — Wie wir schon gestern erwähnt haben, wird die Erledigung der Marinefrage durch die Vorlage eines Gesetzentwurfs von Seiten des Bundeskanzlers erfolgen, mit dem die Mehrheit des Reichstages sich im Voraus einverstanden erklärt hat. Die Verwaltung der Marine-Anleihe soll hiernach bis auf Weiteres der Hauptverwaltung der Staatsschulden übertragen und nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Febr. 1850 ausgeführt werden. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden ist dafür verantwortlich, daß die Konvertirung der auf diese Anleihe auszugebenden Schuldverschreibungen nicht anders als auf Grund eines dieselbe anordnenden oder zulassenden Gesetzes erfolgt. Zugleich soll eine Bundesschulden-Kommission eingesetzt werden, bestehend aus 3 Mitgliedern des Bundesraths, aus 3 Mitgliedern des Reichstages und aus dem Präsidenten der Rechnungsbehörde des norddeutschen Bundes, bis zu deren Errichtung aber aus dem Chef-Präsidenten der Oberrechnungskammer. Die Bundesschulden-Kommission hat dieselben Verpflichtungen dem Bundesrath und dem Reichstag gegenüber wie die preussische Staatsschulden-Verwaltung den beiden Häusern des Landtags gegenüber. Die obere Leitung steht dem Bundeskanzler zu. Die formelle Initiative zu dieser Art der Erledigung ist selbstverständlich auf Seiten der Regierung, welche diese Vorlage macht, die moralische Urheberschaft aber auf beiden Seiten gewiesen und das Ausfuhrsmittel durch eine vertrauliche Verständigung zwischen dem Bundeskanzleramt und den maßgebenden Persönlichkeiten der einzelnen Parteien gefunden worden. Das Fest in Kiel scheint namentlich das Seine zu dieser erfreulichen Erledigung beigetragen zu haben, wodurch die jüngst angebahnte Entwicklung der Marine von Neuem gesichert wird. — Die „Provinzial-Correspondenz“ bleibt bei ihrer früheren Ansicht stehen, daß sich der Schluß der Reichstags-Session nicht erheblich über den 20. v. M. ausdehnen werde. Auch der Wunsch des Präsidiums soll auf einen möglichst baldigen Schluß gerichtet sein. Und in der That wird es nach Erledigung des Staatshaushalts schwerer als bisher sein, den Reichstag beschlußfähig zu erhalten. Wenn die Gegner des norddeutschen Bundes hierbei von Mangel an Pflichterführung, von Folgen der Disziplinlosigkeit u. s. w. zu sprechen belieben, so ist auf solche Redensarten nichts zu geben, vielmehr zu bedenken, daß ein großer Theil der Abgeordneten 2 Jahre mit geringer Unterbrechung auf allgemeinen und speziellen Landtagen beschäftigt ist und daß eine solche abnorme, durch die Umstände gebotene Thätigkeit schließlich die besten Kräfte ermatten muß. Andererseits kann ja auch darauf hingewiesen werden, daß auch solche Versammlungen, für welche die Demokraten besondere Vorliebe zeigen, wie z. B. die Stadtverordnetenversammlung in Berlin, trotzdem, daß diese wöchentlich nur eine Sitzung hält, häufig aus Mangel an Theilnehmern nicht zu Stande kommt, ohne daß den Mitgliedern oder dem Institut von den Demokraten daraus ein Vorwurf gemacht wird. — Es ist ein Reglement über die Benutzung der innerhalb des norddeutschen Telegraphengebietes gelegenen Eisenbahn-Telegraphen zur Beförderung solcher Depeschen, welche nicht den Eisenbahndienst betreffen, aufgestellt. Durch dasselbe werden die Ge-

bühren, welche bisher noch sehr verschieden erhoben werden, für alle Eisenbahn-Telegraphen vom 1. Juli ab gleichgesetzt. Für diejenigen Depeschen, deren Beförderung ausschließlich mit Eisenbahn-Telegraphen erfolgt ist, fällt diesen auch die Gebühr ungeschmälert zu. Werden dagegen Depeschen stückweise durch Telegraphen des Bundes und stückweise durch Telegraphen der Eisenbahn befördert, so erhält der Eisenbahn-Telegraph 5 Sgr. für die Depesche ohne Rücksicht auf die überhaupt erhobene Gebühr, sowie ohne Rücksicht auf die Wortzahl. Depeschen von 50—100 Worten werden jedoch als 2 Depeschen, von 100—150 Worten als drei Depeschen u. s. w. berechnet. Für solche Depeschen, welche bei einer Eisenbahn-Telegraphenstation aufgegeben werden und die einer an demselben Orte befindlichen Bundes-Telegraphenstation auf telegraphischem Wege oder durch Boten zugeführt werden, erhält der Eisenbahn-Telegraph bei Depeschen bis zu 50 Worten 2½ Sgr., bei Depeschen von 50—100 Worten 5 Sgr. u. s. w.

Berlin, 11. Juni. Se. Majestät der König fuhr gestern Morgens ¼ 9 Uhr in Begleitung des Flügeladjutanten Oberst-Lieutenants v. Hymmen nach dem Tempelhofer Felde und besichtigte daselbst, umgeben von dem Kronprinzen, den Prinzen Karl, Albrecht, Vater und Sohn, dem Prinzen August von Württemberg, sowie von der Generalität, den Militär-Bevollmächtigten und den aus Sachsen, Württemberg, Hessen hier anwesenden Offizieren, das 2. Garde-Ulanen- und das 2. Garde-Dräger-Regiment. Vormittags 11 Uhr, nach beendetem Erergissen und Evolutionen hatten zunächst die Hofmarschälle Grafen Pücker und Perponcher, des Geheimen Kabinettsraths v. Müllers, der Geh. Hofrath Bort Bortrag und verabschiedete sich alsdann der Prinz Admiral Albrecht vor seiner Abreise nach Karlsbad. Nachmittags begab sich der König in das auswärtige Amt, konferirte mit dem Ministerpräsidenten Grafen Bismarck und wohnte alsdann der Trauung der Tochter des Kriegesministers v. Roon mit dem Landrath v. Brauchitsch bei. Mit einer Einladung zur königlichen Tafel waren beehrt der Prinz August von Württemberg, der Prinz Heinrich von Hessen, der Fürst Pleß, der Herzog von Ratibor, der sächsische Staatsminister v. Griesen, der weimarsche Staatsminister v. Wagborff, der biesseitige Gesandte in Brüssel v. Balan, der Vice-Präsident des Kammergerichts von Müllers, der erste Präsident des Appellationsgerichts in Hamm, Hartmann, der Bier-Bürgermeister Stephan in Leipzig und außerdem die württembergischen, hessischen und sächsischen Offiziere, welche theils zur Dienstleistung, theils zur Theilnahme an den Kavallerie-Besichtigungen hieher kommandirt worden sind. Abends begab sich der König wieder nach Schloß Babelsberg.

Der König reist, so weit bis jetzt bestimmt, am Montag früh nach Schloß Fünftenstein, kehrt aber schon am Dienstag Abends hieher zurück.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck wird sich zur weiteren Kräftigung seiner Gesundheit demnächst mit längerem Urlaub auf seine Güter (in Pommern) begeben.

Berlin, 10. Juni. Die „Prov.-Corr.“ bespricht den Bundeshaushalt und die Marine und bestätigt, daß durch vertrauliches Einverständnis zwischen der Bundesregierung und der überwiegenden Mehrheit des Hauses eine Lösung der diesmaligen Schwierigkeiten vorbereitet sei, durch welche die Aufnahme der Anleihe für die Marine ermöglicht werden soll, ohne daß die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Bundesschulden-Verwaltung für jetzt weiter in Betracht kommen. Es waltet die Absicht ob, durch ein besonderes Gesetz festzusetzen, daß die diesmalige Bundes-Anleihe der preussischen Staatsschuldenverwaltung überwiesen werde, wogegen die Regelung des Bundesschuldenwesens künftiger gesetzlicher Vereinbarung vorbehalten bleibe. In Aussicht auf eine derartige Gesetzesvorlage, für welche die Zustimmung des Reichstages im Voraus gesichert zu sein scheint, sind die weiteren Beratungen über den Haushalt der Marine einstweilen ausgesetzt worden. So ist denn Aussicht vorhanden, daß die jüngst angebahnte Entwicklung unserer jungen Seemacht durch eine patriotische Entschließung von Neuem gesichert werde.

Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Bei der Beratung über den für die Provinz Hannover bewilligten Provinzialfonds ist seitens der Staatsregierung die Absicht ausgesprochen worden, Bewilligung der provinzialen Selbstverwaltung in ähnlicher Weise auch den übrigen Provinzen besondere Fonds auszusprechen. Seitens mehrerer der jüngst versammelten Provinzialstände sind demzufolge bereits umfassende Anträge in Bezug auf die Regelung der provinzialen Verwaltung gestellt worden. Dieselben bilden zur Zeit den Gegenstand allseitiger und sorgfältiger Erwägung zwischen den betreffenden einzelnen Ministerien und dem Gesamt-Ministerium.

Außer dem Bundeshaushalt und dem vorzulegenden Gesetze über die Verwaltung der Marine-Anleihe wird der Reichstag nach der „Pr.-C.“ jedenfalls noch das Gesetz über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes und einige andere Vorlagen in Betreff der Bundesbeamten und der Rechnungslegung im Bunde erledigen. Doch werde sich der Schluß der Session kaum erheblich über den jüngst in Aussicht genommenen Zeitpunkt hinaus verzögern.

Die Verwaltungs-Einrichtungen in Schleswig-Holstein, sagt die „Prov.-Corr.“, werden in der früher angegebenen Weise nunmehr endgültig geordnet werden; in Uebereinstimmung mit den bei der Beratung und Feststellung des Staatshaushalts im Landtage kundgegebenen Wünschen wird außer dem Oberpräsidium, dessen Sitz in Kiel verbleibt, nur eine Regierung für die beiden Herzogthümer mit dem Sitze in Schleswig errichtet und unverweilt organisiert werden.

In Rheinland und Westphalen haben mehrere Zeitungen die Ausgabe der am Sonntage zu druckenden Nummern aufgegeben. Die „Köln. Zeitung“ wird diesem Beispiele nicht folgen.

— Aus Thüringen, 8. Juni, wird der „N. Z.“ geschrieben: Das im Kriege von 1866 so bedeutungsvolle Gefecht bei Derrbach hat gestern eine recht angemessene Erinnerungsfeyerlichkeit erlebt. Von dem Großherzoge von Sachsen ist nämlich die Initiative und unter Betheiligung der Offiziere der damals engagierten Regimenter auch die Bewilligung der Mittel für ein Denkmal der bei Derrbach Gefallenen und dort Begrabenen ausgegangen. Preußen und Bayern liegen hier neben einander bestattet und haben daher auch ein gemeinsames Monument erhalten. Die Weihe desselben fand gestern statt. Der protestantische und katholische Geistliche vollzogen nach entsprechenden Reden den Weiheakt. Vertreter der Main-Armee und des bayerischen Heeres hatten sich eingefunden; General Vogel v. Falkenstein war selbst erschienen und hielt eine jugendlich-frische Ansprache. Er schilderte die Bedeutung der Gefechte des 4. Juli für die Operationen der Main-Armee und gedachte namentlich der tapferen und braven Westphalen, die er damals kommandirt und mit denen er so lange in Verbindung gestanden. Schließlich wandte er sich an die Vertreter der bayerischen Armee und indem er an die neuen freundschaftlichen Beziehungen von Preußen und Bayern erinnerte, reichte er den bayerischen Offizieren in brüderlicher Herzlichkeit die Hand. Hiernach erfolgte die Uebergabe des Denkmals an die Gemeindebehörde Derrbachs.

— Das Comité, welches am Schluß des Zollparlamentes das Fest für die süddeutschen Abgeordneten auf Elbort veranstaltete, hat einen Kassenüberschuß von ca. 100 Thlrn. behalten; wie die „Post“ hört, wird diese Summe dem Verein zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen überwiesen werden.

Der General-Telegraphendirektor v. Chauvin begibt sich heute Abend zum Kongreß der europäischen Telegraphen-Verwaltungen nach Wien, wo einerseits besprochen werden soll, ob die auf dem Kongreß zu Paris im Jahre 1865 als allgemein gültig aufgestellten Bestimmungen für den internationalen Telegraphenverkehr sich bewährt haben oder ob Abänderungen wünschenswerth erscheinen, und andererseits um Vorschläge, welche von den Telegraphen-Verwaltungen für die Beratungen zu Wien proponirt worden sind, zu prüfen. Die Dauer der Abwesenheit des Herrn v. Chauvin wird auf vier Wochen berechnet. Derselbe wird gleichzeitig die Gelegenheit benutzen, um mit den Vertretern der österreichischen, bayerischen, württembergischen, sächsischen und niederländischen Telegraphenverwaltungen Besprechungen zu halten, in welcher Weise neue Arrangements zu Regelung der telegraphischen Verhältnisse der bisher zu dem deutsch-österreichischen Telegraphenverein gehörigen Staaten getroffen werden können, da durch die Vereinigung des gesammten Telegraphenwesens Norddeutschlands an einer Stelle dieser Vertrag hinsichtlich geworden ist; denn Hannover, Mecklenburg u. s. w., welche Mitglieder des Vereins waren, haben diese Eigenschaft verloren. Herr v. Chauvin wird entsprechende Vorschläge machen, nach welchen Preußen besondere Verträge mit Oesterreich, den Niederlanden und den süddeutschen Staaten, welche unter sich eine engere Vereinigung bilden könnten, als empfehlenswerth bezeichnen dürfte.

Die bayerischen Abgg. Dr. Karl Barth und Genossen haben an die „liberal-konservativen“ Wähler auf dem Lande eine Erklärung über ihre Wirkamskeit im Zollparlament veröffentlicht. Dieselbe ist im Wesentlichen ein Auszug aus dem Reichstagsbericht der süddeutschen Fraktion, unterscheidet sich jedoch von diesem dadurch, daß in ihr nichts von einer „entschieden freisinnigen Politik“ gesagt, und dadurch, daß die vertragmäßigen Pflichten gegen den Norden viel schwächer betont sind, indem nur gesagt wird, die bestehenden Verträge hinderten nicht die Vereinigung der Südstaaten, sondern sie würden durch eine solche Vereinigung nur um so leichter und gefahrloser erfüllt werden.

Auf die Tages-Ordnung einer der nächsten Plenarsitzungen wird die Schlussberatung über den Antrag der Abgg. Weissich und Beder (Oldenburg) gesetzt werden, der dahin geht, „den Bundeskanzler aufzufordern zur baldigen Vorlage eines Gesetzentwurfs, welcher die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung als Bundesgesetze bezweckt.“ Die Referenten Abg. Bürgers und Abg. Dr. Walder beantragen, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen: „den Bundeskanzler aufzufordern, baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch und die allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung nebst der dazu gehörigen Novelle als allgemeines Gesetz des norddeutschen Bundes eingeführt, beziehungsweise da, wo sie bereits als Landesgesetze gelten, für Bundesgesetze erklärt werden.“

In dem Saal des „Hotel de Rome“ fand am Dienstag Abend die General-Versammlung des hiesigen Wahl-Vereins der Konservativen statt. Der Vorstand hatte die Versammlung berufen, um die namentlich durch den Abgang des früheren Vorsitzenden Professors Glaser nach Marburg verzögerte definitive Konstituierung des Wahlvereins vorzunehmen. Der Vorsitzende sprach über den Zweck und die Aufgabe dieses neuen Vereins: Die patriotische Vereinigung, welche seither mit dem preussischen Volksverein die konservativen Interessen in Berlin vertrat, habe sich leider aufgelöst, während der Volksverein seine meisten und einflussreichsten Mitglieder außerhalb Berlins besitze. Daher könne dieser weniger einwirken auf die Wahlen in Berlin. Mit Rücksicht darauf und auf den kläglichen Ausfall der letzten Wahlen habe sich der neue Verein konstituiert. Sein Zweck sei, die konservativen Elemente in Berlin zu vereinen und zu organisiren, so wie die politischen und städtischen Wahlen vorzubereiten und zu leiten. Die konservative Partei sei bisher in der Fehler verfallen, die Wahlagitatorien erst kurz vor den Wahlen zu beginnen, statt sie längere Zeit vorher einzuleiten. Der Verein werde sich bei seiner Aufgabe nicht von dem Volksverein trennen, vielmehr würden dessen nicht unbedeutende Mittel dem Wahlverein zu Wahlagitatorien bereit stehen. Außerdem solle aber der Verein die konservativen Bezirksvereine kräftigen, und wo solche noch fehlten, sie ins Leben rufen. Mitglied des Vereins könne nur werden, wer das politische Wahlrecht besitze, der konservativen Partei angehöre und demnach die Liebe und Treue zu dem Königshause der Hohenzollern, in Verbindung mit der Liebe zum engeren und weiteren Vaterlande, als höchsten politischen Grundgesetz erachte,

und die preussische Verfassung vom 31. Januar 1850, so wie die norddeutsche Bundes-Verfassung vom 16. April 1867 als Grundgesetz anerkennen. Ein anderes Programm habe der Verein nicht aufgestellt. Der Vorsitzende schloß diese Ansprache, indem er zur zahlreichen Beteiligung an dem Verein aufforderte. Dann wies Stadtgerichtsrath Betram auf die Nothwendigkeit der Begründung eines solchen Vereins hin; man müsse demnach, ja Europa zeigen, daß in Berlin noch eine konservative Partei vorhanden, welche die Regierung des Königs unterstützen wolle. Aber wenn der Verein wirken solle, so müßte ihm auch durch recht zahlreiche Beteiligung die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wer mehr geben könne, als den festgesetzten Beitrag von einem Thaler jährlich, der möge es im Interesse der konservativen Sache thun. — Darauf folgte die Wahl der 24 Mitglieder, von denen je vier einem der sechs Berliner Reichswahlkreise angehören sollen. Damit schlossen die eigentlichen Verhandlungen; es folgten noch die Vertheilung der Mitgliedskarten und die Zeichnung von Beiträgen.

Berlin, 11. Juni. (Norddeutscher Reichstag.) 20. Sitzung. Eröffnung 10 1/2 Uhr; Präsident Dr. Simon; am Tisch der Bundes-Kommissarien; Staatsminister v. Friesen, Präsident Delbrück, Gen.-Post-Direktor v. Philipsborn u. A. Nach geschäftlichen Mittheilungen tritt das Haus sofort in die Tagesordnung, zunächst Fortsetzung der Spezialberatung des Einnahme-Etats. Kap. 2. Post- und Pensions-Verwaltung leitet der Bundes-Kommissar Gen.-Post-Direktor v. Philipsborn mit einigen Erläuterungen des Etats ein, das 919,750 Thaler weniger Einnahmen, 955,624 Thaler mehr Ausgabe und somit nur einen Ueberschuß von 548,519 Tdr. ergibt (1868: 2,413,893 Tdr.). — Abg. Dr. Becker beklagt die Porto-Erhöhung für die kurzen Distanzen, für die Paket- und Geldsendungen. Von der letzteren würde nur die Bank Vortheil haben. Abg. Stephani wünscht die Einführung eines Bestellgeldes von 1/2 Sgr., statt des Stabtriebspostens von 1 Sgr. zwischen aneinander grenzenden Orten (Königsberg, Hamburg, Altona etc.). General-Postdirektor v. Philipsborn erklärt, daß dies eine gelegentliche Aenderung des Postgesetzes erforderlich. — Abg. v. Hennig bringt nochmals die vom Abg. Lasker angeforderte Beschränkung der Portofreiheiten in Anregung. Dieselben seien z. B. von Beamten zu Wahlstationen benutzt worden. — General-Postdirektor v. Philipsborn: In neuerer Zeit seien die Portofreiheiten nur durch die großen politischen Zwecke vermehrt worden. Es werde darin mit großer Vorsicht zu Werke gegangen. Die Aufhebung würde auf andere Weise wieder die Matrikularbeiträge erhöhen und keinen namhaften Nutzen bringen. — Abg. Lasker erkennt die großen Fortschritte im Postwesen auf, namentlich auch die Gebaltsverbesserungen. Die Portofreiheiten seien unvermeidlich und brächten auch keinen Nachtheil. — Der Abg. Lasker: Die Portofreiheiten seien in vielen Beziehungen Staatsunterstützungen. Er wüßte die Vorlegung einer Uebersicht aller gewährten Portofreiheiten. — General-Postdirektor v. Philipsborn sagt für die nächste Session die Vorlegung einer ausführlichen Denkschrift mit den entsprechenden Tabellen zu. (Beifall.) — Abg. v. Blandenburg: Er habe von vorn herein große Bedenken gehabt wegen des Ausfalls durch die Portomoderation. In Betreff der Portofreiheiten schließt er sich den Bedenken des Abg. Lasker an, hoffe aber, daß die parlamentarischen Korporationen mit gutem Beispiel vorangehen und sich vor jedem Mißbrauch der Portofreiheiten hüten werden. Er wolle vermeiden, hier näher darauf einzugehen. — Freiherr v. Sacke wiederholt den Wunsch auf Ermäßigung des Landbrief-Bestellgeldes. — Die Abg. Dr. Waldeck und Dr. Becker (Dortmund) haben den Antrag gestellt: Der Reichstag wolle den Bundeskanzler auffordern, eine Verbesserung der Lage der Postunterbeamten, welche angestellt sind: „a. auf Rüdigung, b. ohne Berechtigung zur Pension, c. mit der Verpflichtung, einen Abzug von 1 Prozent zur Post-Armen-Kasse zu erleiden, — dahin eintreten zu lassen: daß wenigstens einem Theile dieser Beamten fixe Anstellung oder doch Pensionberechtigung nach einer gewissen Dienstzeit gewährt, der Abzug auf c. aber überhaupt in Wegfall gebracht wird.“ — Abg. Dr. Waldeck empfiehlt diesen Antrag.

General-Post-Direktor v. Philipsborn: Die feste Anstellung der Unterbeamten wird von der Administration als eine Belohnung guter Dienste betrachtet und im Auge behalten werden. Zu der Pensionsberechtigung gehört ein besonderes Gesetz, wozu sich später die Gelegenheit findet. Der Postarmenfond hat eine ganz andere Tendenz und Einrichtung als der Pensionsfond. Die Beiträge der in dem Antrage genannten Kategorie von Unterbeamten betragen 17,000 Tdr., während die von dem Fonds an die Wittwen u. s. w. derselben Klasse geleisteten Unterstüzungen 31,000 Tdr. betragen. — Die Abg. Dr. Waldeck und Dr. Becker halten ihren Wunsch aufrecht, daß die 17,000 Tdr. aus einem anderen Fonds entnommen und nicht durch die Beiträge dieser armen sehr gering besoldeten Unterbeamten aufgebracht werden müßten. Das Publikum habe eher Mitleid, die Klagen der Unterbeamten zu hören, als vielleicht der Herr Chef. — General-Post-Direktor v. Philipsborn: Er könne allerdings nur konstatiren, daß ihm noch keine Beschwerde eines Unterbeamten über den kleinen Abzug für die Post-Armen-Kasse vorgekommen sei und müsse bei den vermehrten Anforderungen empfehlen, der Post den Fonds nicht zu schmälern. — Der Antrag Waldeck-Becker wird abgelehnt. — Die weiteren Titel des Kapitels 3 Postwesen werden angenommen. — Zu Kapitel 3 Telegraphenverwaltung macht Abg. Graf Bethulin-Puc darauf aufmerksam, daß die Telegraphisten und Ober-Telegraphisten sehr gering besoldet und schlechter als die Boten gestellt sind, und empfiehlt, statt der Prozentanteile für die Depeschen Stationen zu kaufen oder Erwerbszulagen zu geben. — General-Post-Direktor v. Philipsborn bedauert, daß der Chef der Telegraphenverwaltung nicht anwesend sei; die Frage wegen der Prozentanteile sei vielfach ventilirt worden. — Graf Bethulin hält seinen Wunsch aufrecht. Die Titel der Telegraphenverwaltung (Einnahme 2,452,445 Tdr., Ueberschuß: 324,945 Tdr., 49,945 Tdr. mehr als im Jahre 1868) werden angenommen. — Zu Kap. 4 Verbindliche Einnahmen empfiehlt der Abg. Dr. Becker die Aufhebung der für die Deutschen im Auslande oft sehr lästigen und gegenüber den andern Nationen unpassenden Postgebühren der Konsulate. Er führt einen Fall aus Algier an. Der betreffende Etat (129,496 Tdr.) wird angenommen.

Das Haus geht zum Militär-Etat über. Bundes-Kommissar General-Lieutenant v. Bobbielski erklärt, der Etat sei nach denselben Prinzipien wie der vorjährige aufgestellt. Die Einnahme der Militär-Verwaltung habe sich in Folge des geringeren Prozentsatzes der Vermehrung der Bevölkerung in den letzten drei Jahren um 70,000 Tdr. geringer gestellt. — Zur General-Debatte meldet sich Niemand. — Zu Titel 1 fragt der Abg. Lasker, in welchem Verhältnisse denn der Kriegsminister und der Marineminister zum Bunde stünden. — Abg. Kriegsminister v. Moos: Als die betreffende Person wolle er antworten. Seit der Minister-Präsident v. Manteuffel das Marineministerium verwaltete, sei dies von dem Kriegsministerium ganz getrennt geblieben. Eine Vereinigung habe in keiner Weise stattgefunden, sei beabsichtigt und haben nur einen gemeinsamen Chef. Die Frage über das Verhältnisse desselben zu dem Bundeskanzler gehört in das Internum. Der Ober-Bundesfeldherr, Sr. Majestät der König, hat die Geschäfte des Bundes-Kriegsministers und des Bundes-Marineministers den in Preußen damit Betrauten übertragen. — Das Militär-Etat wird hierauf ohne weitere Einwendungen angenommen. — Der Präsident theilt mit, daß vom Bundeskanzler zwei neue Gesetzentwürfe eingegangen sind, über deren geschäftliche Behandlung Beschluß zu fassen sei. — Er verliest unter allgemeiner Aufmerksamkeit die Gesetzentwürfe. Nr. 1, betreffend einige Verhältnisse der Bundesbeamten (Geheimthumsberechtigung auch der Verlegung in andere Bundesgebiete, Vertheuerung nach dem Modus des Amtshofes etc.) (Für dasselbe wird Vorberatung im Plenum beschloffen.)

Nr. 2, betr. die Verwaltung der nach dem Gesetz vom 9. November 1867 zur Erweiterung der Marine zu anzunehmenden Bundes-Anleihe. (S. 1. Die Verwaltung der nach Maßgabe des Gesetzes z. aufzunehmenden Anleihe wird bis zum Erlaß eines Schuldengesetzes des Bundes der preussischen Hauptverwaltung der Staatsschulden nach dem Gesetz vom 24. Februar 1850 übertragen und ist dieselbe dafür verantwortlich, daß eine Konvertirung der Anleihe nicht anders, als auf Grund eines Gesetzes und nach Bewilligung der Mittel erfolgen kann. S. 2. Die obere Leitung führt der Bundeskanzler, soweit dabei nicht die Unabhängigkeit der Staats-Schulden-Kommission in Widerspruch kommt. — S. 3. Der Direktor der Mitglieder der Staats-Schulden-Kommission haben zu Protokoll auf ihren Eid ihre Pflichten auch auf diese Uebertragung auszusprechen. — S. 4. Die Geschäfte der Bundes-Schulden-Verwaltung werden von einer Bundes-Schulden-Kommission geführt. Dieselbe besteht aus drei Mitgliedern des Bundesrathes (für die Session), drei Mitgliedern des Reichstags (auf drei Jahre durch absolute Stimmenmehrheit gewählt) und dem Präsidenten der Rechnungs-Behörde des Bundes, bis zu dessen Ausrückung dem Chef-Präsi-

denten der Ober-Rechnungskammer. Für diesen Gesetz-Entwurf wird nach kurzer Debatte Vorberatung im Hause beschloffen. — Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist der 3. Bericht der Petitions-Kommission. Eine Petition des H. Sternberg in Berlin, dahin gehend, die in mehreren Staaten des norddeutschen Bundes bei der Eidesleistung von Seiten jüdischer Mitbürger üblichen Formlichkeiten abzuschaffen und die Norm der Eidesabnahme für Juden der für die Christen gleich zu stellen, wird nach dem Antrage der Kommission, soweit sie auf die Abschaffung der bei dem Juden-Eide üblichen Formlichkeiten sich bezieht, dem Herrn Bundeskanzler mit dem Ersuchen überwiesen, dieselbe der zur Verabreichung der Civilprozeß-Ordnung tagenden Kommission zur Berücksichtigung bei Ausarbeitung der neuen Civilprozeß-Ordnung zuzustellen. — Eine Petition mehrerer deutschen Einwohner von North-Shields z. u. Errichtung eines preussischen oder norddeutschen Konsulats daselbst wird dem Bundeskanzler überwiesen. Desgleichen eine Petition des Hamburger Thierschutzvereins um Erlass eines allgemeinen Thierschutzgesetzes als Material für den Entwurf eines allgemeinen Strafrechts. Die Petition des Rechtsanwalts Fischer u. Gen. zu Breslau um Zurückziehung von Rechtsanwaltschaft bei der Verabreichung der Civilprozeß-Ordnung wird dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. — Mehrere Petitionen in Betreff des Projekts eines Nord-Deister-Kanals durch Schleswig-Holstein werden durch Ueberweisung der einen an den Bundeskanzler zur Berücksichtigung als erledigt erklärt. — Petitionen des Barons v. Warburg zu Neustadt-Dresden und Anderer gegen Doppelbesteuerung führen zu Erläuterungen Seitens des Kgl. sächsischen Staatsministers v. Friesen. Sie werden nach dem Kommissionsantrage dem Bundeskanzler mit dem Ersuchen um Abhülfe des Uebelstandes überwiesen. — Zwei andere Petitionen werden durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt, 27 sind zur Erörterung im Plenum nicht geeignet. — Der Postvertrag mit Belgien wird durch Schlußberatung erledigt. — Schluß der Sitzung 2 Uhr.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Wahlprüfungen, Abstimmung über die Geschäftsordnung, die Vorlagen und Anträge wegen der Brauntweinsteuer, die Maß- und Gewichtsordnung, den Antrag auf Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und der Wechselordnung im Bunde.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Die „Frankfurter Zeitung“ ist in der Lage zu erklären, daß die von mehreren Blättern gebrachte Nachricht, das Bankhaus Rothschild brächte nach Berlin überzusiedeln, unbegründet ist.

Barmen, 9. Juni. Die Arbeiterbewegung nimmt hier zu. Neuerdings haben die Weber, Wäcker und Klempner in mehreren Geschäften die Arbeit eingestellt, wogegen in einigen anderen eine Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu Stande gekommen ist. Die streikenden Arbeiter durchzogen gestern die Stadt.

Stuttgart, 9. Juni. Die durch königliche Verordnung nunmehr ausgeschriebenen Wahlen zur Abgeordneten-Kammer, für welche zum erstenmal das allgemeine Stimmrecht zur Anwendung kommt, werden nicht verfehlen, eine große Bewegung im Lande hervorzurufen. Es ist der kommenden Kammer eine blutige Witzigkeit beizulegen und es fragt sich, ob das gegenwärtige Ministerium Barabücker vor ihr mit Stand halten können, denn all die widerstreitenden Elemente, welche das Ministerium für die Zollparlamentswahlen zusammengerufen hat, werden sich diesmal nicht wieder zusammenbringen lassen, vielmehr wird der Kampf gegen sie selbst entbrennen. An dem Austritten unserer Vertreter bei dem Zollparlament hat unser Land überhäufig genug bekommen, man kann nicht sagen, mit welcher Theilnahmlosigkeit diese Herren bei ihrer Zurückkunft empfangen worden, wie spurlos sie in ihren Bezirken verschwunden sind. Herr v. Barabücker ist auch nicht weniger als gut gelaunt von Berlin zurückgekommen und die Regierung steht mit Besorgniß den Wahlen entgegen, auf welche sie diesmal so viel als keinen Einfluß zu üben im Stande sein wird.

Augsburg, 9. Juni. Wohl nahezu dreitausend Personen jubelten gestern Abends Herrn Dr. Böck entgegen, als der Münchener Zug in den hiesigen Bahnhof einfuhr und die Hochrufe endeten erst, als der gelehrte Redner auf der Fahrt in die Stadt den Blicken entwand.

Unland.

Wien, 8. Juni. Im Ministerium des Aeußern sind wichtige Veränderungen vorgegangen, welche mit der thatsächlichen Abschaffung des Konfats, der damit inaugurierten neuen Richtung und dem Personenwechsel im alten Palais am Ballplatz zusammenhängen. Wie nach dem Rücktritt der Fürsten Kounitz und Metternich, ist auch mit der Uebernahme des Portefeuilles der äußeren Angelegenheiten durch Baron Buß ein neuer, reformatorischer Geist, der Geist der jüngeren Schule zum Durchbruch gekommen. Der Unterstaatssekretär Baron Meynsburg und Baron Menschengen, früher Kanzleidirektor und Hofrath, sind zurückgetreten. Das Bureau des ehemaligen Unterstaatssekretärs hat Baron Oldenburg übernommen, ein durch die in Paris vollzogene Bildung, langjährige Erfahrung und sylvistische Vollendung ausgezeichnet, dem Zeitgeist volle Huldigung und Anerkennung zollender Diplomat. Das Kanzleiserat hat Baron Werner, der Neffe des kaiserlichen Gesandten in Dresden und früheren Unterstaatssekretärs, zu leiten. Die eigentlichen Kanzleischäfte des Unterstaatssekretärs führt Sektionschef v. Hofmann, welcher nach wie vor das volle Vertrauen des Baron Buß genießt und gewissermaßen als eigentlicher, thatsächlicher Vertreter des Unterstaatssekretärs betrachtet werden kann. — Prinz Napoleon soll bis zum 13. d. Mts. hier weilen, wird damit das Schauspiel des Frohleichnamszuges mitgesehen können.

— Zu dem gestern beim Herzog von Gramont zu Ehren des Prinzen Napoleon stattgehabten Diner war reißt anderen Gesandten auch der preussische Gesandte Baron Westphal geladen. Für morgen soll der Prinz beim König von Hannover zur Tafel geladen sein.

Paris, 10. Juni. Der „Abend-Moniteur“ meldet, die Regierung werde in Gemeinschaft mit den übrigen Mächten die Mittel und Wege einer Prüfung unterwerfen, die Gläubiger von Tunis zu befriedigen. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß in kurzer Frist günstige Resultate erzielt werden würden.

London, 8. Juni. Am verwichenen Freitag segelte das Schiff „John Bright“ mit 650 Mormonen an Bord, von Liverpool nach Newyork ab, woselbst sie unter Aufsicht von den Aeltesten der Sekte direkt nach Utah befördert werden. Die meisten Mormonen-Emigranten waren Wälder oder Einwohner der Wildland-Grafschaften. Frauen waren unter den „Salzsee-Religionen“ sehr stark vertreten und die männlichen Personen befanden sich zum größten Theile noch im Jünglingsalter.

Belgrad, 10. Juni. Der regierende Fürst Michael wurde heute Nachmittag 5 Uhr während der Promenade im Parke von drei Individuen überfallen, und mit einem Revolver niedergeschossen. Aufregung fürchtbar.

Pommern.

Stettin, 11. Juni. Um dem so vielfach kundgegebenen Bedürfnisse nach guten und zuverlässigen Kreiskarten zu entsprechen, hat der Königl. Generalstab der Armee sich bereit erklärt, auf Grund der neueren, von ihm geleiteten topographischen Aufnahmen, deren Ergebnisse bisher nur in kleineren, ohne Rücksicht auf die Kreisgrenzen abgetheilten Sektionskarten zur Veröffentlichung gelangt sind, nunmehr auch die gewünschten Kreiskarten zu einem verhältnismäßig billigen Preise herzustellen. Von den rasch beliebt gewordenen Sektionskarten des Generalstabes sind regelmäßig drei bis vier erforderlich, um das ganze Gebiet eines Kreises zu überblicken.

— Am Sonnabend den 13. d. Mts. wird Herr Rittergutsbesitzer Held auf Pignewitz bei Pyritz und am Sonntag den 14. Herr Rittergutsbesitzer Kiedebusch auf Wollin bei Grambow ein öffentliches Probemähnen mit den durch die Herren Schütt und Ahrens hieselbst bezogenen Samuelson'schen Mähmaschinen veranstalten.

— Heute früh wurde der 44 Jahre alte Tischler Julius Schneider auf dem Grundstücke des Hofes Klosterhof Nr. 4 an der Sprosse einer Feuerleiter mittelst eines Klemens, den er sich um den Hals geschlungen hatte, erhängt gefunden. Da S. in den traurigsten Verhältnissen lebte, ist Lebensüberdruß als das Motiv des Selbstmordes anzusehen.

— In den Tagen vom 6. bis inkl. 10. Juni wurde hier an Getreide eingeführt: 883 Wpl. 15 Scheffel Weizen, 494 Wpl. 17 Scheffel Roggen, 594 Wpl. 21 Scheffel Gerste, 113 Wpl. 12 Scheffel Hafer, 113 Wpl. 16 Scheffel Erbsen, 365 Wpl. 20 Scheffel Kartoffeln.

— Auf der Grünhof-Brauerei findet morgen Abend ein Symphonie-Konzert der Ork'n'schen Kapelle, in welchem sich auch der berühmte ungarische Schalmel-Virtuose Ragy-Jakob hören lassen wird, gegen den mäßigen Eintrittspreis von 2 1/2 Sgr. statt.

— Einzelne Berliner Blätter bringen unter der Rubrik „Kunst und Wissenschaft“ noch immer mit ziemlicher Regelmäßigkeit mehr oder minder verschämten Reklame für die Schauspielerin Frau Ellnor, indem sie beständig an deren erstes Auftreten in Stettin erinnern. Wie könnten unsern Lesern mit einer ganzen Sammlung solcher Notizen aufwarten, für die wir den Berlinern insofern dankbar sein müssen, als der Ruhm der Stettiner Bühne, diese Berühmtheit in spe zuerst auf ihren Brettern beherbergt zu haben, durch solche historische Dokumente unzweifelhaft sicher gestellt wird.

— In Alt-Damm ist der Konrektor Redt fest angestrahlt.

Wollbericht.

Stralsund, 10. Juni. Unser Wollmarkt eröffnete gestern bei ziemlich lebhafter Kauflust zu Preisen, die je nach Qualität und Wäsche von 55 bis 62 \mathcal{R} per Etr. differirten. Gegen Mittag zogen Käufer sich zurück und Preise stiegen sodann um 1 bis 2 \mathcal{R} , wodurch sich Nachmittags wieder ein lebhafterer Abzug einstellte und Abends etwa drei Viertel der ganzen Zufuhr verkauft war. Das bis gestern Abend zu Markt gebrachte Quantum betrug 7920 Centner. Wirklich feine Wäschchen waren verhältnismäßig wenig vorhanden. Diesen Morgen entwickelte sich ein ziemlich lebhafter Begehr zu etwa 1 \mathcal{R} höherem Preise für die besseren Wäschchen und gegenwärtig (12 Uhr Mittags) sind nur noch etwa 200 Centner unverkauft.

Schiffsberichte.

Wismar, 10. Juni, Nachmittags. Angelommene Schiffe: Bravo (SD), Gallei von Hull. Bistula (SD), Parler von Leith. Wind NO. Reiter 15 1/2. F. Strom eingehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 11. Juni. Witterung: trübe, etwas Regen. Temperatur + 16° R. Wind SO.

An der Börse.

Weizen flau und niedriger, loco per 2125 Pfd. gelber inländischer 90-96 \mathcal{R} bez., bunter poln. 87-91 \mathcal{R} , ungarischer 64-72 \mathcal{R} , besserer 73-78 \mathcal{R} bez., feiner 80-82 \mathcal{R} bez., per 83-85 Pfd. gelber Juni 92 1/2, 92 \mathcal{R} bez. u. Ob., Juni-Juli 87 1/2 \mathcal{R} Dr., Juli-August 84 \mathcal{R} Dr., August-Sept. 83 1/2 \mathcal{R} bez., Septbr.-Okt. 77 1/2 \mathcal{R} bez. u. Dr. Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 54-58 \mathcal{R} bez., 81 Pfd. 61 \mathcal{R} bez., 82-83 Pfd. 62-63 \mathcal{R} bez., Juni 59 1/2, 1/2, 59 \mathcal{R} bez. u. Ob., 59 1/2 \mathcal{R} Dr., Juni-Juli 57 1/2, 1/2, 57 1/2 \mathcal{R} bez. u. Ob., Juli-August 55 1/2, 55 \mathcal{R} bez., September-Okt. 53 1/2, 54 \mathcal{R} bez. u. Dr., 53 1/2 \mathcal{R} Ob.

Gerste unverändert, per 1750 Pfd. loco mährische u. ungar. 42 bis 47 \mathcal{R} nach Qual. bez.

Hafer matter, per 1300 Pfd. loco 33-35 1/2 \mathcal{R} bez. pr. 47-50 Pfd. Juni u. Juli 35 \mathcal{R} bez.

Erbsen unverändert, pr. 2250 Pfd. loco Futter- 54-58 \mathcal{R} bez. Winterrüben niedriger, September-Okt. 73 \mathcal{R} bez.

Rübsen matter, loco 10 1/2 \mathcal{R} Dr., Juni u. Juli 10 \mathcal{R} Dr., Septbr.-Okt. 9 1/2 \mathcal{R} bez. u. Dr., 9 1/2 \mathcal{R} Ob.

Spiritus matter, loco ohne Faß 17 1/2 \mathcal{R} Dr., Juni u. Juli 17 1/2 \mathcal{R} Ob., Juli-August 18 \mathcal{R} Dr., 17 1/2 \mathcal{R} Ob., August-Sept. 18 1/2 \mathcal{R} Dr., 18 1/2 \mathcal{R} Ob., Sept.-Okt. 17 1/2 \mathcal{R} Dr.

Angemeldet. 50 Wpl. Hafer.

Reaufrirungs-Preise: Weizen 92 1/2, Roggen 59 1/2, Hafer 35, Rübsen 10, Spiritus 17 1/2.

Berlin, 11. Juni, 2 Uhr 3 Min. Nachmittags. [Staats-Schuldscheine 83 1/2, bez. Staats-Anleihe 4 1/2 % 95 1/2 bez., Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 135 1/2, bez. Stargard-Posen Eisenb.-Aktien 93 1/2, bez. Oesterr. National-Anleihe 55 1/2, bez. Komm. Pfandbriefe 85 1/2, bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 183 1/2, bez. Wien 2 Mt. 86 1/2, bez. London 3 Mt. 6. 23 1/2, bez. Paris 2 Mt. 81 bez. Hamburg 2 Mt. 150 1/2, bez. Medlenburger Eisenbahn-Aktien 72 Dr. Oesterr. Banknoten 87 1/2, bez. Russ. Banknoten 83 1/2, bez. Amerikaner 6 % 78 Dr.

Weizen Juni 74 bez. u. Dr. Roggen Juni 54 1/2 bez. u. Dr. Juni-Juli 54 1/2, 53 1/2, bez. Juli-August 53 bez., 52 Dr. Rübsen loco 10 Dr., Juni 9 1/2, bez., Sept.-Okt. 10 bez. u. Dr. Spiritus loco 18 1/2, bez., Juni-Juli 17 1/2, 1/2, bez., Juli-August 17 1/2, 1/2, bez., August-Sept. 18 1/2, 1/2, bez.

Breslau, 10. Juni. Spiritus per 8000 Prozent Tr. 17 1/2, Roggen per Juni 54, per Herbst 51 1/2, Rübsen per Juni 9 1/2, pr. Herbst 9 1/2, Zink unverändert.

Hamburg, 10. Juni. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco, sowie Weizen auf Termine sehr fest. Weizen pr. Juni 5400 Pfd. netto 155 Bantothaler Dr., 154 Dr., pr. Juni-Juli 148 Dr. u. Ob., pr. Juli-August 143 Dr., 142 Dr. Roggen pr. Juni 5000 Pfd. Brutto 96 Dr., 95 Dr., pr. Juni-Juli 94 Dr., 93 Dr., pr. Juli-August 93 Dr., 92 Dr. Hafer sehr stille. Rübsen ruhig, loco und pr. Juni 21, pr. Oktober 22 1/2. Spiritus ohne Angebot 25 1/2. Kaffee fester. Zink ruhig. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest. Roggen loco 15 Fl. höher, per Juni 206, per Juli 208. Rübsen per November-Dezember 34.

London, 10. Juni. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 9540, Gerste 9470, Hafer 15,580 Quarters.

Sehr schwacher Marktbesuch. Weizen sehr ruhig. Preise nominell unverändert. In Gerste schleppendes Geschäft. Hafer fest, aber ruhig. Leinöl loco Hull 31 1/4. — Schönes Wetter.